

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1925

109 (6.3.1925) Morgenausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1.20 M. im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1.20 M. Durch die Post monatlich 2.00 M. auswärts 2.20 M. Einzelpreis: Werktag-Nummer 10 Pf. Sonntags-Nummer 15 Pf. Im Fall öblicher Gewalt hat der Besteller keine Anwartschaft auf die Abbestellung...

Badische Presse

Neue Badische Presse

Handels-Zeitung

Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Freitag, den 6. März 1925.

Eigentum und Verlagsort: Karlsruhe, Heilbrunnstr. 2. Chefredakteur: Dr. Walter Schneider. Druckerei: Dr. Walter Schneider. Druckerei: Dr. Walter Schneider. Druckerei: Dr. Walter Schneider.

Der Auftakt zur Präsidentenwahl.

Vor der Aufstellung der Kandidaten.

Ein gemeinsamer Kandidat der Rechtsparteien? — Die Weimarer Koalition. — Die Preußenkrise bleibt in der Schwebel.

* Berlin, 5. März. (Zuspruch.) Wie die Telunion erfährt, wurde in der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion mitgeteilt, daß die Deutschnationalen Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die in Frage kommenden Verbände miteinander wegen eines gemeinsamen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl...

m. Berlin, 5. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die großen Parteien treffen ihre letzten Vorbereitungen um die Kandidatenaufstellung zu vollziehen. Die deutschnationalen Fraktion hat am Donnerstag zum ersten Mal getagt, Zentrum, Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei haben ihre Parteinstanzen zum Samstag einberufen. Spätestens am Montag oder Dienstag wird also die Schlachtlinie festgelegt sein.

Die Parteien der Weimarer Koalition dagegen sind sich nicht näher gekommen. Es ist sehr zweifelhaft, ob hier ein Zusammengehen schon im ersten Wahlgang durchführbar ist. Die Widerstände bei den Sozialdemokraten gegen den Verzicht auf eine eigene Kandidatur, der ja auch ein starker Prestigeverlust wäre, mehren sich.

kommen wird. Sie wäre bereit, darauf zu verzichten, falls das Zentrum Herrn Wirth präsentiert; dazu scheint aber das Zentrum nicht geneigt zu sein, das an Herrn Marx festhält, und auch die Demokraten wollen nicht spurlos in den anderen Parteien verschwinden, sondern denken daran, vielleicht Herrn Petersen, wahrscheinlich aber den badischen Staatspräsidenten Hellpach zu vermerken.

Bis diese Personalfrage entschieden ist, muß auch die preußische Krise in der Schwebel bleiben. Das Zentrum hat bereits den Antrag gestellt, die Neuwahl des Ministerpräsidenten bis auf weiteres zu vertagen. Diese Anregung ist vom Vizepräsidenten abgelehnt worden, wird aber vielleicht am kommenden Dienstag wieder aufgegriffen. Sollte bis dahin Herr Marx, der inzwischen noch wegen der Neubildung der preußischen Regierung fleißig verhandelt, vom Zentrum offiziell aufgestellt sein, dann würde er als Kandidat für das Ministerpräsidium in Preußen verzichten, und vielleicht wäre dann der Boden bereitet für ein Uebergangskabinett, das bis zur Entscheidung der Präsidentenwahl die Verwaltung weiter führt.

* Berlin, 5. März. (Zuspruch.) Ministerpräsident Dr. Marx hatte am Donnerstag nachmittag eine neue Besprechung mit der Deutschnationalen Volkspartei. In dieser Besprechung wurde eine kleine Koalition bestehend aus Demokraten und Zentrum von deutschnationaler Seite abgelehnt. Wenn es, was dringend zu empfehlen wäre, zu einer Landtagsauflösung komme, so würde als einziger Ausweg von den Deutschnationalen die Bildung eines „überparteilichen Beamtensabinetts“ bezeichnet, solange das Zentrum nicht bereit sei, ein parteimäßiges Kabinett zu bilden.

Kandidatur des Oberpräsidenten von Kassel?

Dr. Eisen, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ aus Berlin erfährt, wird in den letzten 21 Stunden von außerordentlich vielen Organisationen und Vereinen, sowie von gewerkschaftlicher Seite auf die Zweckmäßigkeit einer Kandidatur des Oberpräsidenten Dr. Schwan der in Kassel für die Reichspräsidentenwahl hingewiesen. Dr. Schwan der scheint, den gesamten Reichsparteien sowie auch den rechtsstehenden Teilen des Zentrums genehm zu sein. Auch in Bayern würde seine Kandidatur zweifellos Befall finden. Man rechnet darauf, daß Dr. Schwan der auch in Arbeiterkreisen Sympathien begegnen würde.

Wilson's 14 Punkte und die Südslawen.

(Von unserem Wiener Vertreter.)

N. Wien, 3. März.

Lebte Wilson noch, so wäre er um die fürchtbare Enttäuschung reicher, die ihm die innere Gestaltung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen bereiten müßten. In seinen anfängs 1918 veröffentlichten 14 Punkten spielte das Schicksal der in der österreichisch-ungarischen Monarchie lebenden südslawischen Völker, der Kroaten, Slowenen und Serben, eine große Rolle. Sollten diese Südslawen nicht „befreit“ werden aus der Unterdrückung, in der sie lebten? Die westliche Demokratie als Befreierin unterdrückter Nationen! Das war doch eine Lösung, die in der Welt bewiesen mußte, von welchen edlen Beweggründen sich die Feinde der Mittelmächte bestimmen ließen. Aber zur Zeit, als Wilson die 14 Punkte gab, dachte er noch nicht an das Auflösen der Donaumonarchie. Dieser Mitteleuropa neugegestaltende Radikalismus entwickelte sich, als die Parteien der Mittelmächte als verloren betrachtet werden konnten. Am Beginn des Jahres 1918 begnügte sich Wilson noch damit, als Vorkämpfer einer nationalen Autonomie der Südslawen im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie aufzutreten und das Wiederaufrichten des serbischen Staates zu begehren.

Aber waren die Südslawen in Oesterreich unterdrückt? Waren sie also zu befreien? Das alte Oesterreich hatte sich in den letzten Jahrzehnten antizentralistisch entwickelt. Es bestand verfassungsrechtlich seit 1867 nur mehr aus den „im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern“. Die einzelnen Kronländer hatten eine weitreichende Autonomie, wenn in ihnen auch die kaiserlichen Statthalter oder Landespräsidenten walteten, so war deren Macht hinsichtlich der Landesverwaltung doch durch die Landtage beschränkt. Neben der staatlichen politischen Verwaltung bestanden überall die autonomen Landesverwaltungen — das „Doppelgeleise“ der Verwaltung, das auch heute noch besteht. Im Krain befanden sich die Slowenen in der Herrschaftstellung der Bevölkerungsmehrheit, sie regierten im Lande, desgleichen die Kroaten in Dalmatien. In Steiermark und in Kärnten allerdings waren die Slowenen die Minderheit. Aber daß ihnen hier in nationaler Hinsicht keine Gewalt angetan werden konnte, dafür sorgte nicht nur die Wiener Regierung, sondern auch die Tatsache, daß die Slowenen als Teil der slawischen Gemeinbürgerschaft im Reichsrat an der politischen Macht teil hatten, die von den Slawen Oesterreichs mit der fortschreitenden Demokratisierung des Wahlrechtes für die Reichsvertretung in steigendem Maße ausgeübt wurde. Fehlte doch den Slawen nur wenige Stimmen auf die absolute Mehrheit im Reichsrat! Zudem hatten sich alle Verhältnisse im Sinne des Föderalismus entwickelt.

Und in Ungarn? Zwar zählten die Magnaten auch Kroaten und Slowenen zu den „Ländern der heiligen ungarischen Krone“. Aber das änderte nichts an der Tatsache, daß sie zu Ungarn in einem staatsrechtlichen Verhältnisse standen, das eine sehr weit reichende Autonomie bedeutete. Die Kroaten hatten ihren eigenen Landtag, sie hatten ihren eigenen Landesbesitz, den Banus. Sie wählten nicht in den ungarischen Reichstag, sondern entsandten in ihm eine Delegation des Landtages. Im großen und ganzen hatte das staatsrechtliche Verhältnis Kroatiens zu Ungarn große Ähnlichkeit mit dem Verhältnisse zwischen Oesterreich und Ungarn. Jedemfalls war die Autonomie Kroatiens und Slowoniens, den geschichtlichen Ueberlieferungen entsprechend, eine Tatsache, die auch durch die Bestrebungen der ungarischen Regierungen nicht beseitigt werden konnte, ihren Einfluß in der kroatischen Landesverwaltung unmittelbar zur Geltung zu bringen. Es gab deshalb immer beständige Kämpfe. Aber an der Autonomie Kroatiens wurde doch nicht gerüttelt. Auch den ungarischen Regierungen fiel es nicht ein, die geschichtliche Autonomie Kroatiens etwa zu beseitigen und durch ein zentralistisches Regime aus Budapest zu ersetzen.

Als nun die südslawischen Völker, die in Oesterreich-Ungarn gelebt und hier doch ziemlich weitgehende Autonomie genossen hatten, in das neue Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen eingegliedert wurden, standen sie vor der Tatsache, daß schon die Verfassung der Vorkriegszeit angepaßt werden sollte, der neue Staat sei ein nationaler Einheitsstaat der Südslawen. Kroaten und Slowenen bekämpften diese Auffassung. Sie wollten nicht als „Südslawen“ schlechweg gelten. Die Heftigkeit des Kampfes, den die Kroaten in dieser Hinsicht führten, ist bekannt. An ein gewisses Maß der Autonomie aus Oesterreich und Ungarn gewöhnt, von den Serben zudem noch durch religiöse Gegensätze getrennt, die auch einen kulturellen Unterschied darstellten, fanden Kroaten und Slowenen dem Gedanken des nationalen südslawischen Einheitsstaates, der von Belgrad aus zentralistisch regiert werden sollte, schroff ablehnend gegenüber.

Nun hat die Belgrader Regierung einen neuen Schritt unternommen, der bei Kroaten und Slowenen Widerstand hervorgerufen, die Gegensätze zwischen ihnen und Belgrad verschärfen wird. Der Ministerrat hat nämlich beschlossen, die Landesregierungen in der kroatischen Landeshauptstadt Agram und in der slowenischen Landeshauptstadt Laibach mit dem 28. Februar endgültig aufzulösen. Die Liquidierung der Landesregierungen in Dalmatien und in Bosnien war bereits früher verfügt und durchgeführt worden, lange vor den letzten Stichwahlen. Durch die Auflösung der Landesregierungen in Agram und in Laibach, die allerdings nie die Bedeutung der alten autonomen Landesregierungen in Oesterreich und in Ungarn hatten, weil sie nur Verwaltungsgestalten der Belgrader Regierung waren, verschwinden nun auch die letzten Erinnerungen an die früheren autonomen Einrichtungen der Kroaten und Slowenen. Der Belgrader Zentralismus hat auch diese letzten Erinnerungen an einen Zustand der Verwaltung beseitigt, der aus Oesterreich und Ungarn überliefert war. An den schon bisher herrschenden tatsächlichen Verhältnissen wird durch die neue Verfügung allerdings nichts mehr geändert. Aber die politische Wirkung der Maßregel ist trotzdem nicht zu unterschätzen. Kroaten und Slowenen haben heute an nationaler Selbstverwaltung nicht, was sie in Oesterreich und Ungarn hatten. Und sie können nun wahrnehmen, daß auch für sie die 14 Punkte Wilsons eine Phantasia sind, die das Leben zerstört hat.

Um den Sicherheitsvertrag.

Eine französische Darstellung der bisherigen Verhandlungen.

F. H. Paris, 4. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Zum ersten Male liegt heute in Paris eine offizielle Versicherung über die Verhandlungen vor, die zum Abschluß des Sicherheitsvertrages führen sollen. Havas verbreitet folgende Darstellung:

Sofort nach der Uebernahme der Regierung beschäftigte sich das englische konservative Kabinett mit der Sicherheitsfrage. Chamberlain hatte zahlreiche Besprechungen mit dem französischen Botschafter in London, machte aber keine Anspielung darauf, daß man einen bestimmten Vorschlag zur Lösung des Sicherheitsproblems machen wolle.

In den letzten Tagen des Monats Januar teilte der deutsche Botschafter in London dem englischen Staatssekretär mit, daß das Kabinett Luther die Absicht habe, England, Frankreich, Belgien und eventuell Italien, wenn dieses sich einem solchen Vertrage anschließen wolle, einen gegenseitigen Sicherheitsvertrag anzubieten.

Chamberlain lehnte es ab, ein solches Angebot offiziell weiterzuleiten. Er teilte dem deutschen Botschafter mit, daß er den französischen Botschafter von diesem Angebot unterrichten wolle und riet ihm, die deutsche Regierung zu veranlassen, ihre Absichten direkt der französischen Regierung bekanntzugeben, weil diese an der Angelegenheit besonders interessiert sei. Am 8. Februar tat dies der deutsche Botschafter in Paris, er begab sich auf den Quai d'Orsay zu Ministerpräsident Herriot, und vierzehn Tage später brachte Herr von Seeck Herriot eine Verbalnote, worin die Anschauungen der deutschen Regierung näher dargelegt waren. Diese Note wurde gleichzeitig den Kabinetten von London, Brüssel und Rom zugefandt. Deutschland regte an, daß England, Belgien, Frankreich, Italien und Dänemark sich gegenseitig verpflichten sollen, den Frieden zu garantieren, indem die gegenseitigen Grenzen respektiert werden sollen. Dieses Angebot ging infolgedessen weiter als der 1922 vom Reichskanzler Cuno gestellte Antrag, als Deutschland gleichzeitig den Abschluß von obligatorischen Schiedsgerichtsverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei vorschlug. Der französische Ministerpräsident befiel sich keine Antwort vor und verständigte sofort die Alliierten, und zwar nicht nur die Großmächte, sondern auch Polen und die Tschechoslowakei.

So stehen nunmehr die Dinge. Aber Havas fügt hinzu, de priori sehe man in London und Paris auf dem Standpunkt, daß die deutschen Vorschläge nicht angenommen werden könnten, ohne daß man der Zukunft des Völkerbundes Schaden verursachen könnte. So lange das Reich in diesen nicht aufgenommen wäre und zwar in Formen, die der Pakt vorsehe. Erst nach dieser Aufnahme würden die Alliierten und besonders Frankreich die Vorteile haben, welche ein solches Abkommen zweifellos Deutschland bei der Durchführung des Versailler Vertrages gewähren würde. Sie müßten ferner erwähnen, wie der Frieden nicht nur am Rhein, sondern auch an der Ostgrenze Deutschlands garantiert würde. Wenn die Alliierten sich

also entscheiden sollten, mit der Berliner Regierung zu verhandeln, so müßten sie sich die Frage vorlegen, ob der Bünfervertrag (Deutschland, Frankreich, England, Belgien und Italien) nicht von einem engeren Abkommen begleitet sein sollte, welches nur zwischen den Alliierten geschlossen wäre, oder ob dem Abschluß eines Vertrages mit Deutschland nicht ein solches Abkommen unter den Alliierten sogar voranzugehen sollte. In diesem Abkommen der Alliierten müßten Fälle vorgesehen sein, wie der der Verletzung der Neutralität Belgiens, welche seinerzeit von Deutschland begangen worden sei. Unter diesen Umständen sei es zweifelhaft, schließt die Havasnote, daß demnach eine Lösung zustande komme, denn ein derartiges Problem verdiene eine vertiefte Prüfung durch alle interessierten Mächte.

Die Tschechoslowakei und der deutsche Garantievorschlag.

i. Prag, 5. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der deutsche Sicherheitsvorschlag bildet in parlamentarischen Kreisen das Tagesgespräch. Heute nehmen fast alle Blätter mit Ausnahme des dem Außenminister nahestehenden „Cesta Slova“ dazu Stellung. Durchweg mahnen die Blätter zur Vorsicht. Die offiziöse „Republika“ schreibt: Zweifellos wird über den deutschen Vorschlag ernstlich verhandelt werden, doch ist es notwendig, daß die Verhandlungen nicht ohne Teilnahme aller Nachbarn Deutschlands erfolgen, denn außer guten Seiten hat der deutsche Vorschlag auch heikle Seiten, nämlich die Frage der Dignität. Das einflußreiche Organ der nationalen Demokraten „Morodni Listy“ macht sich den Standpunkt Frankreichs zu eigen und schreibt: Wenn sich auch England gegen die Ausdehnung der Garantieverträge auf alle deutschen Grenzen ausgesprochen hat, kann sich Frankreich schon aus dem Grunde nicht auf diesen Standpunkt stellen, weil es mit Polen und der Tschechoslowakei Verträge geschlossen hat, die zur Erhaltung des Status quo dienen. Das deutsche Versprechen, bei Differenzen mit Polen und der Tschechoslowakei nicht zu den Waffen zu greifen, ist ein diplomatischer Schwächung. Er bereitet den Deutschen den Weg in den Völkerbund vor und erweckt den Eindruck, daß Deutschland gewillt sei zur Erhaltung des Friedens an den Ostgrenzen bestimmte Garantien als England zu bieten. Der deutsche Antrag trennt die Frage der Sicherheit vollkommen von der Frage der Entwaffnung, die für Deutschland unangenehm ist und die in den Hintergrund gedrängt werden soll. Wenn Deutschlands Friedensaktion gelingt, wird es eine gleichberechtigte Position mit den übrigen Großmächten einnehmen, und die Kontrolle der deutschen Entwaffnung wird eine reine Formalität werden. Aus diesen Gründen muß das deutsche Angebot sehr vorsichtig aufgenommen werden.

F. H. Paris, 4. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Herriot hatte heute eine Besprechung mit dem Kriegsminister General Kollat sowie mit Briand und Paul Boncour. Erörtert wurde die Haltung, welche die französischen Delegierten auf der am Montag beginnenden Tagung des Völkerbundesrates in Genf einnehmen sollen.

Nach der Beisetzung.

P. Heidelberg, 4. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Menschenmenge, die zur Beisetzung Eberts hierhergekommen war, flutete auch heute Nachmittag und gegen Abend noch ununterbrochen durch die Straßen Heidelbergs.

Die badische Regierung hat heute Mittag im Hotel „Europäischer Hof“ den offiziellen außerbadischen Regierungsvertretern ein kleines Essen gegeben, das programmäßig verlaufen ist.

Es dürfte wohl bestimmt damit zu rechnen sein, daß in nächster Zeit Pläne aufzutauchen werden, am Grabe des Reichspräsidenten Ebert ein großes würdiges Grabmal oder ein richtiges Denkmal zu errichten.

Unfälle bei der Trauerfeier in Berlin.

U. Berlin, 5. März. (Drahtbericht.) Ueber die Zahl der bei den getragenen Trauerfeierlichkeiten in Berlin Verletzten erzählt die Telunion an zuständiger Stelle: Die zur Behandlung kommenden Fälle betragen nicht mehr als 150.

Die Trauerfeier der deutschen Botschaft in Rom. * Rom, 5. März. (Zuntzdruck.) In der heutigen Botschaft fand heute eine Trauerfeierlichkeit für den verstorbenen deutschen Reichspräsidenten statt, an der die Chefs sämtlicher beim Vatikan akkreditierter Missionen, Vertreter des Königs, der Königin-Mutter, Mussolini, sowie die Vorstände der verschiedenen deutschen Vereinigungen teilnahmen.

Eine Friedrich Ebert-Straße in Berlin.

U. Berlin, 4. März. (Drahtb.) Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß eine Hauptverkehrsstraße der Stadt Berlin Friedrich Ebert-Straße genannt werden soll.

Reichstag erst nach der Reichspräsidentenwahl.

* Berlin, 5. März. (Zuntzdruck.) In der heutigen Vollversammlung des Reichsrats wurde mitgeteilt, daß sich der Reichstag Ende nächster Woche versammeln werde und erst nach der Reichspräsidentenwahl wieder zusammentreten werde.

Severing nicht amismüde

U. Berlin, 5. März. (Drahtb.) Wie die Telunion an zuständiger Stelle erzählt, ist der preussische Innenminister Severing keineswegs zurückgetreten. Er befindet sich wie die übrigen Mitglieder im Demissionzustand.

W. Rom, 5. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Mussolini, der vollständig wieder hergestellt ist, wird an den Sitzungen der Kammer, die Montag wieder beginnen, persönlich teilnehmen.

Michelangelo im Spiegel seiner Briefe.

Zu seinem 450. Geburtstag. Von Dr. Paul Landau.

Die Gestalt Michelangelos tritt uns in seinen künstlerischen Schöpfungen so titanenhaft überirdisch entgegen, daß wir den Weg zu seinem Menschentum nur in den persönlichsten Zeugnissen seines Wesens, in seinen Briefen, finden können.

Es ist erstaunlich, daß man erst so spät und langsam den Briefen Michelangelos die Aufmerksamkeit zugewendet hat, die ihnen gebührt. Ist doch seine Persönlichkeit der rätselvollsten und tiefsten eine, die die Geschichte des Genies kennt, sein Werk ein ungeheurer Trümmerfeld von Entwürfen, aus dem einzelne Gestalten und Bilder wie Wesen einer andern Welt herausragen!

Michelangelo ist eine der Rüstergestalten, die nicht im Gleichmaß ruhigen Wirkens, sondern in steten Erregungen und Eruptionen gewaltig sich entfalten. Kein Künstler ist ihm wohl so nah verwandt, wie Beethoven. Wie tief haben sie beide im Leben gelitten, der eine unter seiner Taubheit, die ihn, den von Wohlklang erfüllten, die eigenen Werke nicht hören ließ, der andere unter seiner Verunstaltung (sein Mißfälliger Torricionei zertrümmerte ihm das Nasenbein) die den Arbeiter der Schönheit beständig an sein niedriges Erdendasein gemahnte!

Eine Berliner Reise v. Hoepschs.

F.H. Paris, 5. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der Berliner „Times“-Korrespondent meldete heute morgen, daß der deutsche Botschafter in Paris demnächst nach Berlin gehen werde, um über die Besprechungen, die er mit Herriot über den Sicherheitsvertrag hatte, Bericht zu erstatten.

Das neue türkische Kabinett. U. Paris, 5. März. (Drahtbericht.) Nach einer „Temps“-Meldung wird das durch Zemet Pascha zu bildende neue Kabinett wie folgt zusammengesetzt sein: Ministerpräsident: Zemet Pascha; Außenminister: Temsil Kudsi; Finanzen: Hassan Bey; Inneres: Djesmit Bey; Handel: Ali Djanani Bey; Unterrichtsweisen: Abdala Sabbi Bey; Justiz: Mahmud Effal Bey; Landwirtschaft: Sabri Bey; öffentliche Arbeiten: Sirt Bey; Kriegsministerium: Sedjed Bey; Marine: Zhan Bey; Hygiene: Refik Bey.

Der Eisenbahnerstreik in Sachsen.

d. Berlin, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Teilstreit der Eisenbahner, der im Freistaat Sachsen seinen Ursprung hat und von dem auch die Reichsbahndirektion Halle betroffen ist, droht noch auf andere Teile des Reichs überzugreifen, wenn es nicht gelingt, die freigewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner von den vernünftigen Forderungen zu überzeugen, die die Ausbreitung der Bewegung haben müßte.

Die Bewegung hat die Bahnhöfe Dresden, Leipzig und Chemnitz erfaßt, und zwar freilich in Dresden-Friedrichstadt und auf dem Mittelbahnhof Dresden-Mitte, ferner auf dem Güterbahnhof und auf der Güterabfertigung Dresden-Neustadt die Güterkodenarbeiter und das Rangierpersonal, ebenso auf dem Rangierbahnhof und der Güterabfertigung Chemnitz, in Leipzig auf dem Dresdener Bahnhof, auf dem Bayerischen Bahnhof, auf der Güterabfertigung Plagwitz und auf dem Rangierbahnhof Wahren bei Leipzig, der zur Eisenbahndirektion Halle gehört.

* Berlin, 5. März. (Zuntzdruck.) Ueber die Lage im sächsischen Eisenbahnerstreik erfahren wir von zuständiger Seite, daß nach nachmittags gegen 5 Uhr die Streiklage im wesentlichen unverändert war. Geringes Zuwachs haben die Streikenden in Reichenbach und Naubeck erhalten.

* Danzig, 5. Februar. (Zuntzdruck.) Gestern Abend haben sich Senatspräsident Sahn, Senator Dr. Frank und Staatsrat Dr. Czers als Delegierte der Freien Stadt Danzig zu den Verhandlungen des Völkerverbundes nach Genf begeben.

Der preussische Landtag zum Dortmunder Unglück.

Die Sicherheit im Bergbau soll erhöht werden. U. Berlin, 5. März. (Drahtbericht.) Am Schluß der heutigen Landtagsverhandlungen über das Dortmunder Grubenunglück hielt der neue Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, eine kurze Rede, in der er darauf hinwies, daß aus Reichs- und öffentlichen Spenden im ganzen 670 000 Mark zur Verteilung kommen sollen und allen Spenden und den Rettungsmannschaften den besondern Dank der Staatsregierung ausspricht.

Zur Explosion in Wittenberg.

U. Wittenberg, 5. März. (Drahtbericht.) Wie die Direktion der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff-Fabrik mitteilt, wurden durch die Explosion sechs Personen sofort getötet; ferner werden zwei Personen vermist mit deren Tod bestimmt gerechnet wird.

Der Reichsernährungsminister im besetzten Gebiet.

* Berlin, 5. März. (Zuntzdruck.) Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Kautz, hat sich am Mittwoch Abend in das besetzte Gebiet begeben, um die Wünsche der Vertretungen der Landwirtschaft zu hören.

Die Steuerauschnitte des Reichsrates.

U. Berlin, 5. März. (Drahtbericht.) Die Steuerauschnitte des Reichsrates setzten heute die Beratung der Steuererlasse fort. Die Verhandlungen werden auch in den folgenden Tagen ihren Fortgang nehmen und etwa noch 14 Tage dauern.

Arbeitsausschnitte im Reichswirtschaftsrat.

U. Berlin, 5. März. (Drahtbericht.) Nach Schluß der allgemeinen Ansprache im Reichswirtschaftsrat über die Steuervorlage der Reichsregierung wurde eine Reihe von Arbeitsausschnitten gebildet, die sich noch etwa über acht Tage mit der Vorlage beschäftigen werden.

Sir Eric Drummond in Berlin.

* Berlin, 5. März. (Zuntzdruck.) Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerverbundes, ist auf seiner Reise zu den östlichen Staaten in Berlin eingetroffen und hatte mit dem Reichsaussenminister längere Unterredungen.

Tages-Anzeiger.

- Vandeseheater: Der liegende Soldat, 7-9 1/2 Uhr.
Kolloseum: „Ach hält ich doch 'ne Star“, 8 Uhr.
Gesellschaftliche Ausstellung in der Stadt, Ausstellungsballe, 9-7 Uhr.
Bad. Kunstvereinsverein: Vortrags-Vortrag von Prof. Dr. Ernst Grosse im Künstlerhaus, 8 1/2 Uhr.
Vereine für Deutsche Bildung: Vortrag mit Lichtbildern von Prof. Dr. Peterlein im Aula der Techn. Hochschule, Zimmer 16, 2. Stock, 8 Uhr.
Antrags: Vortrag „Stenard-Vormar“, 8 1/2 Uhr.

glaubte, er müsse ihn ganz jenseitern und auch Beethoven sich in wilder Kaserie am Klavier aus wirrem Chaos wunderbare Werke erschaffen. Diese am Leben leidenden, von der altn großen Intenität ihrer Gefühle forgerissenen Geister, mußten mit den Mitmenschen im beständigen Konflikt stehen; so besand sich der Bildhauer in stetem Kampf mit seinen Gehilfen, seinen Mitarbeitern; der Komponist stritt sich mit seiner Wirtschaftlerin und seinen Dienern.

So eröffnen die Briefe Michelangelos ein Innenleben, nicht minder reich als die Briefe Beethovens. Aber die Seele des bildenden Künstlers offenbart sich schwerer in den Worten, die häufig in so gegährt Weise hervorbringen. Eine außerordentliche Schamhaftigkeit und Sprödigkeit des Gefühls hielt ihn von allen längeren Bekennnissen zurück. Wie er seine Werte nur ungerne fremden Blicken preisgab und immer wieder befehlt, sie sorgfältig geheim zu halten, so wollte er auch sein Inneres verschließen. Außerdem hindert ein etwas gefälschter Stil, eine Fülle von Antifrasen und Vergleichen das Verständnis seiner Briefe.

Von Kunst ist in diesen Briefen nicht allzuviel die Rede. Er berichtet wohl von dem halberunglückten Guss einer Bronzestatue, dann von der glücklichen Vollendung; zu den Malereien in der Sixtina bestellt er sich wohl etwas Blau oder eine Unze Laq, gibt in seiner prägnanten Weise originellen Aufschluß über eine Bauanlage. Besonders viel spricht er von Marmor, für dessen stolzes Weiß und förmige Kraft ihn eine wahre Leidenschaft befeuert und zu dem er sich als dem Inbegriff aller darin schlummernden, von Künstlerhand zu erlösenden Schönheit magisch hingezogen fühlt. Ueber der Ausbeute der neuen Marmorbrüche von Serapeja, die er durch einen großen Straßenbau nutzbar macht, verzehrt er die Arbeit an der Fassade von San Lorenzo; und wird lo, da der ungebildige Papst nicht rasch genug in Anaxios genommenen Plan aufgibt, um eine der herrlichsten Arbeiten betrogen. Nur selten erörtert er künstlerische Probleme, aber dann tut er so tiefinnige Ansprüche wie der über den Unterschied von Skulptur und Malerei: „Ich verstehe unter Skulptur die Kunst, die vermittels des Begreifbaren geübt wird; die aber auf dem Wege des Zusehens betrieben wird, ist der Malerei ähnlich.“

Einen großen Teil des Inhalts nehmen die Verhandlungen und Hindernisse bei seinem vollendetem Julius-Denkmal, das ihn durch Jahrzehnte wie eine schwere Fessel bedrückte, nicht in allen knappen Schreibern vorüber. Michelangelo kann sich nur dann einer Aufgabe ganz widmen, wenn ihm Gemüt frei und leicht ist. Darum bringt er so inständig auf Befreiung von seinen Verpflichtungen,

den „man malt mit dem Kopfe und nicht mit den Händen, und wer seinen Kopf nicht bei sich haben kann, bringt sich in Schande: Drum, bis meine Gelegenheit nicht geordnet ist, mache ich nichts Gutes.“ Alle die Widrigkeiten, die dem Meister das Leben verbittern, werden durch sein Temperament verschlimmert und ins Maßlose gesteigert. Eine außerordentliche Reizbarkeit war ihm eigen. Er kann mild aufbrausen, in zornigem Grimm mit schweren Drohungen oder höchst bitterer Ironie reden, wie in dem partheiisch gewaltigen Strafbrief an den Bruder Giovan Simone, der ein Zeugnis war, oder in dem er bitteren Rechtfertigungsschreiben an den Vater, der schwach und alt, den Einfühlungen seiner andern habgierigen Kinder Gehör schenkte. Doch wie er hochjährend, stolz und jäh an plötzlichen Entschlüssen ist, so beruht und verzwehelt er auch leicht; schnell läßt ihm seine Phantasie alles im schwimmlichen Licht ergehen; sein Mißtrauen, seine Ungenauigkeit verfolgen ihn, wie Zwangsvorstellungen. Als er aus Rom flüchtet, schreibt er, daß, wenn er noch länger bliebe, nicht das Grabmal des Papstes, sondern sein eigenes zuerst an die Reihe kommen würde. Als ihm in den Steinbrüchen von Serapeja nicht alles gleich gelingt, ruft er aus: „O tausendmal verflucht der Tag und die Stunde, da ich von Carrara wegging. Das ist die Ursache meines Ruins!“ „Besser für mich wäre es gewesen, ich hätte in meiner Jugend Schwefelblitz zu machen gelernt; alsdann befände ich mich nicht in solcher Aufregung“, heißt es ein andermal, und die selbst der Welter der Stimmung auf sein Werk: „Ich werde überlaunig malen und überlegene Dinge hervorbringen.“ Doch der furchtbare Mann, den selbst der eigene Papst Julius „terribile“ nannte, ist zugleich gütig und freundlich. Voll rührender Liebe schreibt er an den alten Vater, sorgt für ihn und will ihn vor seinem Tode unter allen Umständen noch einmal sehen, „selbst wenn ich mit ihm zusammen sterben müßte.“ Als der Vater ihm genant wird, läßt er seinen Schmerz in einer leidenschaftlich von dankbarem Geiste erfüllten Intenität ausströmen. Den Brüdern hilft er mit Rat und Tat, gründet ihnen ein Geschäft, erwirbt für sie Güter und ein Haus in Florenz. Der Stolz auf seine Familie wirkt dabei mit, die er begütert und in Ansehen hinterlassen wollte. Da um drängt er den Kofen zum Heiraten tritt selbst mit einem Florentiner Heiratsvermittler in Verbindung und ist glücklich, als der Kofe eine passende Frau aus guter Familie und mit erhabenen Sitten findet und ihm ein Sohn geboren wird. Koller Güte ist er gegen seinen treuen Diener Piero. Diese menschenfreundliche Neigung schwingt sich zu schwärmerischer Verehrung auf in seiner von Petros Gesti geleiteten Liebe zu edlen Jünglingen, in denen ihm ein Strahl himmlischer Schönheitsglanz verkörpert scheint. Und in den reinen Söhnen der florentiner Gemeindefrat schenkt endlich sein Verfallnis zu Vittoria Coronna. Eine tiefe Religiosität ist ein Grundzug seiner Natur, um so wendet sich denn der Geist des alten Michelangelo immer mehr vom allem Irdischen ab; die Musik, der der alte Goethe sich zuneigte, leht auch ihn über die irdischen Dinge zu den Sphären der Geistigkeit.

Wie aus den letzten Werken Statuen und Rembrandts leuchtet auch aus seinen Schönheiten die Gemächheit der Gnade und Erleuchtung. Diese Hoffnungen streift er dem heiler und klar sich wählenden Bau von St. Peter. Kein Gedank, ist mehr in ihm, in dem nicht der Tod sich eingemeldet findet. Er ist die Pfosten des Tempels und jenes edlen Künstlerbegriffes, vor sich aufwerten von dem er immer angenommen, daß man im andern Leben auch malen und meißeln können sollte.

Wahrer Brief.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

M. W. 5. März 1925.

Unsere Nachbarstadt Dinglingen, die wohl bahnmäßig den Namen mit uns teilt, aber die so oft angebotene Feuerliche „Eingemeindung“ beharrlich ablehnt, hatte unserer weitbekannteren Industriestadt vor wenig Wochen den Rang etwas abgelassen durch die Turmbauten der dortigen Honnef-Werke, die außer den zwei 200 Meter hohen Nebentürmen auch noch einen 255 Meter hohen freistehenden Turm, den höchsten Deutschlands und den zweithöchsten der Welt, nach Königsminsterhausen im Auftrage des telegraphentechnischen Reichsamtes geliefert haben. Diesem gegenüber können wir nun mit berechtigtem Stolz die auch allen Bedürfnissen einer Großstadt genügende Vergrößerung eines unserer Kinos — wir haben nämlich deren zwei — gegenüberstellen. Ein anliegender Lagerraum ist durch Umbau in einen herrlichen Zuschauerraum, in Weinrot und Gold gehalten, vermandelt worden, Bodenfläche 860 Quadratmeter, Höhe 7 Meter, 500 Klappstühle, Dampfheizung, Logen usw. Die Eröffnung fand statt am Freitag, 5. März, um 8 Uhr im Gegenwart von Vertretern des Handels, der Industrie, der Schulen und Vereine, der kantlichen und städtischen Behörden und sonstiger Bevorzugten. Also friedlicher Wettbewerb auf verschiedenen Gebieten. Nun fehlt noch das in meinem letzten Briefe erwähnte, aber noch nicht eingetretene amerikanische Geld, damit wir auch auf reelle Weise dem glücklichen Besitzer für die Abstellung dieses „dringenden Bedürfnisses“ danken können.

Aber auch sonst ist der Fortschritt überall erkennbar, sowohl in dem freundlichen Straßenbild des farbenreichen Anfrisches der Häuser, wie auch in der Verbesserung der Straßenbeleuchtung. Hier finden allerdings einige Befürworter der früheren Sparbarkeit, daß man doch in mondheilen Nächten diesem Firne die Beleuchtung ruhig allein überlassen könnte. Er würde dieses schon besser und malerischer in unseren alten Straßen, jedenfalls aber billiger zum Wohle unseres Stadtsäckels besorgen. Und ich glaube, der braucht gar guter Pflege, will er den in Aussicht stehenden Anforderungen einigermaßen genügen. So ist z. B. fast in jedem Vereinsberichte — und unsere Stadt beherbergt nicht wenige Vereine — das Wort „großzügig“, direkt oder indirekt und in Verbindung mit dem Worte „Ziel“ oder auch „Aufgabe“, zu finden, wobei dann der Kasernenwart vororglich mit einer Hand auf das Beispiel von Freiburg oder Offenburg und mit der andern, nach geschickter Einleitung der „Inflation“, energisch auf eben diesen nicht zur Ruhe kommenden Stadtsäckel deutet. Knauerig sind ja unsere Stadtväter nicht im Bewußtsein, und heutzutage werden die vor den Wahlen gemachten Versprechungen zu gegebener Zeit gar pünktlich von den Wählern „einkassiert“.

Unser Rathaus hat sich seit einigen Tagen wieder ganz mit einem Gerüchte umgeben lassen müssen, ein Zeichen, daß wohl nun die letzte Etappe des Umbaus beginnt. Das Rästel der bisher von Sackleinwand mitleidig verhüllten Stelle in dem neu geschaffenen Durchgang — neuerdings Laubengang genannt — ist über Nacht ohne jede besondere Feierlichkeit gelöst worden: Ein aus der Mauer hervortretender Sandstein trägt die Inschrift: „Nach altem Vorbild 1925 wieder hergestellt unter Oberbürgermeister Dr. jur. G. Altstet 1898—19... Durch Stadtbaurat Kägle.“ Da der Stein an gedachter Stelle, als „wasserdicht“, eigemauert und demnach keinen Witterungseinflüssen ausgesetzt ist, wird er voraussichtlich noch vielen kommenden Geschlechtern die Namen der Urheber und Förderer des Umbaus verkünden können. Angesichts des großen Gerüstbaues tauchen auch wieder Zweifel auf — die sind ja nirgends auszurotten und werden auch künftig genannt —, die behaupten, die ausgeworfene Summe von 13 000 Gold- oder Reichsmark genüge nicht und müsse durch den Umlagezettel „ergänzt“ werden. Ich halte es aber für den Gesundheitszustand der Steuerzahler vorteilhafter, wenn sie sich nicht zuviel mit solchen zukünftigen Fragen beschäftigen, denn an den „Schwebenden“ haben sie übrigens.

Die Behebung der Wohnungsnot findet bei unseren Stadtvätern erfreulicherweise weitgehendste Unterstützung. So hat man für das laufende Jahr die Darlehen für Neu- und Umbauten erhöht bei mäßigen Zinsen und Tilgungsätzen, stellt der Wohnungsbaugenossenschaft, den Privat- und der Arbeiterbaugenossenschaft geeignete Siedlungsbaupläne zur Verfügung, und auch in der gestrigen Sitzung wurden Darlehen für Wohnungsbauten bewilligt, allerdings unter der Bedingung, daß der Bau innerhalb zwei Monaten begonnen wird. Ebenso erhielten die Wohnungs- und die Arbeiter-Baugenossenschaft Darlehen für eine Siedelung von zehn Wohnungen an der Weiserstraße zwecks Beteiligung an einem Projekt der Wohnungsbereitstellung seitens des Landesfinanzamtes. Dennoch wird die Bautätigkeit hier bald sehr rege einsehen. Ebenso begrüßt wird es aber, daß durch die wohl baldige Fällung der Bäume usw. auch die Zahl der wirklich Wohnungsuchenden in unserer Stadt einmal genau festgelegt wird. Vielfach erfahren wir dann auch, wie diese Familien bei der 75prozentigen Friedensmiete eine für ihre Bedürfnisse zu große Wohnung inne haben, während andere sich mit ungenügenden Wohnräumen begnügen müssen. Jedenfalls würde man hier in dieser Hinsicht wohl merkwürdige Erfahrungen bei genauer Nachprüfung machen.

Unser gesellschaftliches Leben zeigte wiederum einen schönen Zug zur Wohltätigkeit in der Abhaltung des Kirchenkonzertes in der altbewährlichen Stiftskirche zugunsten der inneren Ausbesserung des Burgheimer Kirchleins, eines Denkmals aus alter Zeit mit gar reicher Vergangenheit. Einheimische Künstler, Frau Widerstheimer und die Herren Mondon, Müller und Perion boten den zahlreichen Zuhörern einen musikalischen Genuss außerordener Art mit den Vorträgen aus Werken von Bach, Haendel, Mendelssohn und Regner. Auch die Kapellkapelle unter Dr. Swerloffs Leitung hatte wieder ein ausverkauftes Haus, und dieses wird auch, wie schon zweimal, am nächsten Samstag die Westdeutsche Bühne aus Karlsruhe haben, zumal sie unter Zuzugung bedeutender Kräfte des Badischen Landes-Theaters Mozarts „Entführung aus dem Serail“ aufführen wird. Der Toten-Trauertag am Sonntag verlief äußerlich ruhig und ohne jede öffentliche Feier. Vielleicht war es, weil der Tag etwas

zu kurz vorher amtlich beschlossen war, vielleicht auch wirkte die große Ehrung unserer Helden gelegentlich des 169er Regimentstages im vergangenen Sommer noch nach. In den Kirchen beider Konfessionen wurde im Hauptgottesdienste in der Predigt auf den Gedentag in wirkungsvoller Weise Bezug genommen, sonst erinnerte aber auch äußerlich hier nichts daran.

Die Geschäftsordnung des Landtags.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Badischen Landtages hat den von uns gestern besprochenen Antrag Wittenmann über die Aenderung der Geschäftsordnung bereits in Bearbeitung genommen. Nach längerer juristischen Auseinandersetzung über die Anwendung der betreffenden Bestimmungen einigte man sich dahin, daß die Angelegenheit zunächst in den Fraktionen besprochen werden soll. Ferner erklärte sich der Ausschuß damit einverstanden, daß für den bisherigen Zentrumsabg. Dr. Josef Schmitt der Verwaltungsinspektor Stadtrat Kühn-Karlsruhe in den Landtag einzieht.

Feuerversicherung der badischen Lehrerschaft.

Die „Konfraternitas“, die Feuerversicherung der badischen Lehrerschaft, veröffentlicht ihren Kasernenbericht für das Jahr 1924. Die Zahl der Mitglieder hat im Berichtsjahr um 423 zugenommen und betrug am Jahresschluß 7107 mit einer Versicherungssumme von 68 164 803 Mark. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 98 846,27 Mark bei einem Kassenvorrat von 1996,23 Mark. Brandfälle kamen 23 vor. Es wurden Beiträge von 5 bis 2776 Mark zur Auszahlung gebracht. Für Einbruchschäden wurden in 15 Fällen 2900 Mark ausbezahlt.

Die Kriegsblinden.

Der Bezirk Baden vom Bund erblindeter Krieger hielt am Sonntag, den 1. März im Restaurant „Goldener Adler“ in Karlsruhe seinen neunten Bezirkstag ab. Der Bezirkstag wurde am Sonntag, morgens 10 Uhr durch den Vorsitzenden, Herrn Hauptlehrer Löhle Karlsruhe eröffnet. In einer sich anschließenden zweistündigen Aussprache wurden die wichtigsten Vereinsangelegenheiten erledigt. Um 12 Uhr begann die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, wozu das Ministerium des Innern, sowie die Fraktionen des Landtages eingeladen waren. Eröffnungen waren als Vertreter der Regierung, Herr Regierungsrat Dr. v. Babo, als Vertreter der deutsch. Fraktion des bad. Landtages der Abgeordnete Herr Dr. Mayer und als Vertreterin der deutschen Partei die Abgeordnete Frau Strauß.

Nach kurzen Begrüßungsworten hielt der Vorsitzende einen tiefempfindlichen Nachruf zu Ehren der Gefallenen, worauf die anwesenden Gäste in längeren Ausführungen die Begrüßungsworte erwiderten und den Zweck ihres Erscheins klar legten.

Die Versammlung beschäftigte sich dann eingehend mit folgenden drei Punkten: 1. Antrag des Zentrums im Landtag, die Aufhebung der Bezirksfürsorgeverbände, die Uebertragung der Fürsorge auf die Kreise bez., 2. Kriegsblindenfürsorge in Baden, 3. Radio und die Kriegsblinden. Nach eingehenden Referaten des Vorsitzenden über die zwei ersten Punkte wurden einstimmig zwei Resolutionen angenommen, die den einzelnen Fraktionen des Landtages, sowie dem Herrn Minister des Innern überreicht werden sollen. Zu dem Punkte Radio und die Kriegsblinden, hielt der Vorsitzende des bad. Radio-Vereins Herr Oberbaurat Eich, der auf Einladung erschienen war, einen längeren mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Redner glaubt in absehbarer Zeit die Mittel und Wege zu finden, die bad. Kriegsblinden mit brauchbaren Radio-Apparaten unentgeltlich oder gegen geringe Vergütung versehen zu können.

Am 2 Uhr fand ein gemeinsames, durch die Bezirkskasse gestiftetes Mittagessen statt, an welches sich dann noch die weitere Verhandlung der nichtöffentlichen Sitzung anschloß, die sich bis gegen 5 Uhr hinzog. Zum Schluß der Tagung wurde der bisherige Leiter, Herr Hauptlehrer Löhle, Karlsruhe, Melandshofstr. 2, einstimmig und unter Anerkennung der großen Verdienste um die bad. Kriegsblinden zum Vorsitzenden für Jahr 1925 bestellt. Eine große Freude wurde den blinden Versammlungsteilnehmern durch die Ueberreichung einer Menge Rauchwaren, Zigaretten, Zigaretten und Tabake usw. (Liebesgaben) bereitet, die der Bezirksleitung zu diesem Zwecke im Laufe des Jahres, von verschiedenen Postämtern überwiesen worden waren. Diesen, sowie den Ueberlassern dieser Gaben sei an dieser Stelle aufrichtiger Dank gesagt.

Kreisstag des Kreises VI der Deutschen Studentenschaft.

Am 26. und 27. Februar fand in Tübingen ein Kreisstag des Kreises VI der Deutschen Studentenschaft statt. Die Vertreter der Studentenschaft aus Württemberg, Baden und Hessen waren in fastlicher Zahl der Einladung gefolgt.

Nach einem Begrüßungsabend am 25. Februar begannen die Sitzungen am 26. im Studentenheim zur „Somme“.

Der Kreisleiter Thomä gab dem einen Bericht über seine Tätigkeit und über die Lage in der Deutschen Studentenschaft. Er teilte mit, daß eine norddeutsche Universität dem preuß. Kultusministerium erklärt habe, man könne nunmehr auf des Gebührenden verzichten. Demgegenüber sprach sich der Kreisstag für die Beibehaltung der bisherigen Regelung hinsichtlich der Gebührenordnung und Erlassengemährung aus. Eine lebhaft ausgeprägte entwickelte sich bei dem Punkt Wirtschaftshilfe, wobei der allgemeine Wunsch nach einem guten Zusammenarbeiten mit der Deutschen Studentenschaft Ausdruck fand. Der Kreisstag stellte sich daher auf den Boden des von der Wirtschaftshilfe vorgeschlagenen Proporziums und legte eine Entschärfung, die geeignet ist, die fröhen Punkte noch weiter zu klären. Beim Bericht über das Lusland am 27. wurde die Frage des Studentenaustausches eingehend besprochen und von den einzelnen hochschulischen Erfahrungen hierüber mitgeteilt. Es wurde allgemein anerkannt, daß hier eine Möglichkeit vorliege, praktische nationale Arbeit zu tun. Berichte über Sportant, Presseamt und Amt für politische Bildung schlossen sich an. Nachmittags berichtete der Leiter der Tübinger Studentenhilfe, cand. Hoffmann, über die „ausführenden Arbeiten Studentischer Wirtschaftshilfe“. Hierbei sei auf den in der gleichen Nummer dieses Blattes erschienenen Bericht über die Tübinger Studentenhilfe verwiesen. Dem Referat folgte eine lebhaft ausgeprägte, vor allem über die Frage der Unterstützung ganz junger Semester, wobei manche wertvolle Anregungen gegeben wurden. Den Rest des Tages füllten die Beratungen über die Kreisfragen aus.

Am Abend hatte der allgemeine Studentenausschuß die Kreisstagssitzung zu einem gemühtlichen Bierabend einleiten lassen für den die Verbindung „Guckstuck“ in liebenswürdiger Weise ihr Haus zur Verfügung stellte. Als Vertreter des Rektors war Professor Dr. Scharius erschienen.

Am Freitag wurden vor allem die Fragen der inneren Arbeit bei der Einzelfraktionen besprochen und Berichte von den einzelnen Orten gegeben. Die ausführliche Behandlung der Frage der Leibesübungen mußte auf den nächsten Freitag verschoben werden. Nachmittags wohnten die Teilnehmer der allgemeinen Studentenversammlung der Tübinger Studentenschaft an. Sie können mit Befriedigung auf eine arbeits- und erfolgreiche Tagung zurückblicken.

— Pforzheim, 5. März. Außerordentliche Schäden im Fernsprechnetz hat der Schneefall in der Nacht zum Mittwoch und im Laufe des gestrigen Tages verursacht. Neben sämtliche Fernsprecheleitungen in Pforzheim waren durch den Schneefall zerstört worden, sodas von der Karlsruher Oberpostdirektion Hilfe erbeten werden mußte. In zwei Postautos kamen Telegraphenarbeiter an. Arbeiter sandte Mannschaften, sodas insgesamt 50 auswärtige Arbeiter mit den hiesigen an der Wiederherstellung der Schäden beschäftigt waren. Die meisten Schäden entstanden durch Reizen der Drähte an den Leitstellen oder durch Bruch der Telefonständer. Erst am Mittwoch nachmittag 2 Uhr konnte der Betrieb im Telefonamt wieder aufgenommen werden; aber 2000 Anschlüsse waren am Mittwoch abend noch betriebsunfähig. Die Arbeiten nehmen auf jeden Fall die ganze Woche in Anspruch. Da auch die meisten Fernleitungen zerstört waren, so war Pforzheim stundenlang im Fernsprechnetz von der Welt abgeschlossen.

— Heidelberg, 5. März. (Französisch.) Von Ostern ab soll an der hiesigen Volkshochschule die französische Sprache als fakultatives Unterrichtsfach eingeführt werden. Voraussetzungen werden später auch englische Sprachkurse folgen.

— (Waisstadt, 5. März.) (Todesfall.) Der Verleger und Redakteur der „Waisstädter Zeitung“, Ludwig Konrad, ist im 67. Lebensjahre hier gestorben.

— Staufen, 5. März. (Festmarkt.) Der hiesige Festmarkt hatte keinen sehr regen Besuch aufzuweisen. Von einem richtigen Jahrmarktswesen konnte aber keine Rede sein. Der Absatz der Waren ließ viel zu wünschen übrig.

— Maulburg, 5. März. (Verhaftung.) Die Aufdeckung des Diebstahls im „Wienfelder Hof“ ist noch nicht völlig gelungen. Bei einem hiesigen jungen Mann haben sich jedoch jetzt die Verdachtsmomente so verdichtet, daß er mit nach Schopfheim genommen wurde.

— Murg (Amt Waldshut), 3. März. (Rheinland als Düngemittel.) Seitens des Wasser- und Straßenbauamtes Waldshut wurde das große Sandlager im Rhein hier zum Verkauf ausgeschrieben. Der Rheinland und Rheinischlamm eignet sich nämlich vorzüglich zur Verbesserung schwerer Böden. Der „Altbote“ erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß in früheren Jahrhunderten, als man ein Kunstdüngerfabrikation noch nicht kannte, auf Befehl der vorderösterreichischen Regierung Rheinland in großen Mengen auf den Wald befördert und dort zu Düngungs- und Verbesserungszwecken in der Landwirtschaft Verwendung fand.

— Konstanz, 3. März. (Von der badischen Bodenseefischerei Genossenschaft.) Am vergangenen Sonntag hielt die badische Bodenseefischerei-Genossenschaft e. G. m. b. H. in Stadt-Konstanz ihre 23. ordentliche Generalversammlung ab. Die vom Vorstand aufgestellte Bilanz wurde genehmigt und die Verteilung des Reingewinns nach dem Vorschlag des Vorstandes gebilligt. Der Jahresabschluß ergab ein günstiges Resultat, was von den Mitgliedern dankbar anerkannt wurde.

— Konstanz, 5. März. (Moorkultivierung.) Wie berichtet wird, beabsichtigt das Domänenamt Konstanz, einen Teil des auf der Gemarkung Kalkbrunn gelegenen Torfriedes urbar zu machen.

Gerichtszeitung.

— Pforzheim, 5. März. (Goldhändler.) Vor dem Schöffengericht hatten sich die verheiratete Kettenmacherin Karoline Löh, geb. Schäfer aus Niefen, deren Gemann Adolf Löh, geb. der Wehantler Aug. Friedr. Enschelmaier aus Niefen, dessen Ehefrau, der Scheideanwaltsbesitzer Wilhelm Jffel von Niefen und dessen Prokurist Wilh. Karl Roth aus Basel wegen Diebstahls bezw. Hehlerei zu verantworten. Frau Löh entwendete ihrem Arbeitgeber unter schändem Mißbrauch des in sie gesetzten Vertrauens von Oktober 1923 bis Juni 1924 Altpatas, Gold- und Silberwaren sowie Schnupfel im Gesamtwerte von 7—8000 Goldmark. Das gestohlene Edelmetall wurde mit Wissen des Gemannes Löh durch die Eheleute Engelmaier weiter veräußert u. a. an Jffel und Roth. Die Verurteilung des Urteils erfolgt am 10. März.

— Kaiserslautern, 5. März. Die von dem Schlosser Emil Engelhardt eingeleitete Revision gegen das über ihn vom Schwurgericht Kaiserslautern verhängte Todesurteil ist vom Reichsgericht verworfen worden. Engelhardt hatte bekanntlich den Architekten Karl Sprenger ermordet und herauf.

Aus den Nachbarländern.

— Schwemingen, 5. März. (Doch ein Raubüberfall.) Der Raubüberfall auf den Kassenboten Hengstler des hiesigen Elektrizitätswerts belohnt nach den bisherigen Erhebungen wiederum ein anderes Aussehen. Hengstler hat zwar eingestanden, einen Teil des peruntreuen Betrages für sich verbraucht zu haben, doch scheint er vorher tatsächlich das Opfer eines Raubüberfalls geworden zu sein. Anschließend sind die Täter bei ihrem Vorhaben gefasst worden. Jedenfalls steht fest, daß dem Hengstler nach der Tat kein Geld geflohen hat, daß er vielmehr erst durch den Raubüberfall anheimelnd dazu verleitet worden ist, einen Teil des Geldes für sich beiseite zu schaffen. Nach den Tätern wird noch gefahndet.

— Ulm, 4. März. Bei Renovierungsarbeiten in der alten Sakristei der Wengentkirche wurden, von einer starken Täuschung überdeckt, alte Wandgemälde entdeckt. Sie erstreckten sich, soweit bisher aufgedeckt, über eine Länge von 10 Meter, die Höhe beträgt 1½ Meter. Es handelt sich um eine aus dem Beginn des 15. Jahrhunderts stammende Darstellung des Totentanzes. Die Darstellung selbst hat stark gelitten, während das sich unterhalb der Bilder hinziehende Spruchband besser erhalten ist.

Husten Sie ? Dann nehmen Sie die aus schleimlösenden Kräutern mit Malzextrakt bereitete
Tussiva-Bonbons.
In Apotheken und Drogerien zu haben
Hersteller: **Eduard Palm, Freiburg i. B.**
Großniederlage in Karlsruhe: **Leopold Fiebig.**



III.
„Frau Beisele, ich hab's ja g'sagt, daß der ganz sicher g'winnt, wo wagt. Ich hab' auf's Kaufhaus Tich gebaut und d'Gulda, jehese, ich Braut! Jetzt heißt's nur keine Richte g'scheut, denn so Professor sin zerstreut, drum nur g'lei schick an Ehring g'legt, dann toche-jem, was s'Herz bewegt.“

„Zum Beispiel Rierle est er gern, Als Nachtisch liebt er Zimmereiern, Bei Affetaler machst lei' G'föh! Un für e Zigar aus Brasil, Die d'Gulda ihm zum Mokka gibt, Da werd-er immer mehr verliebt, Doch sage-se, jekt wo's vollbracht, Frau Beisele, wie denn-se's g'macht, Daß der Professor, der verstimmt, So schick jekt in der Fall drin s'ht?“

„Frau Eisele, ich sag's net gern, Doch wisse-se, so led'che Herrn, Die bringe e g'lichtete Frau schon 'rum, In e'm Punkt sin-se alle dumm! Den Punkt zu treffe ich net schwer, Duht's Wein net, dann duht's halt Vikör, Wer muß so Leut verstehn zu fassen, Ich hab' mich g'wis net lumpe lassen! Mir denn bei'm Tich der Café trunke, Der Herr Professor, duht gern dunke, Mei Gulda hat deß arg geniert, No, später wird-er okuliert!“

„Wie mir so g'mühtlich s'lamme s'he, Da kommt e Vorstand von s'Herz Tich, Der Ausschick führt un überwascht, Daß keins der Böhmisch-Zitel macht, Gebt dem Professor g'lei sei' Hand, Sie denn sich kennt vom Unterstand, Wo-se im gleiche Schilhegrawe, Als Ratte s'lamme g'fange hawe. Un sagt, ganz ohne sich g'genere, Na, Kriegsfreund, darf-mer gratuliere? Guat ihn, und guat mei Gulda an, Eh ich die Log recht fasse kann, Ich hab' kaum meine Ohre traut, Da sagt-er, stimmt, deß ich mei Braut! Ich häit ja solch e Ohnmacht kriegt, Doch die Erklärung hat genügt, Wie mir dann fortgehn, laut der Herr Kom Tich, daß er ganz glühtig gew, Wann er e würdichs G'lichtet dürft gew, Sie wäre im Begriff grad eme e Mobeichon zu arrangiere, Die miest gewaltich imponiere, So was häit Karlsruhe nie erlebt.“

„So lang's hier Waarehäuser gäit, Da wär die allernuechste Mobe, Von beschter Selbe bis zum Lode, Die schönste Schuh aus feinstem Laß, Für Dame un für Herrn im Grad, Die Häit apart und originell, S'wär jeder ein'ne e Mobeß, S'kennt jedes, troß de schlimme Zeite, Der Kopf bis s'Kuch sich dort besleide, Der Himmel mach' ja kaum e Freud, So selich, wie die Mobeichon! Dort kann dei' Braut sich dann, bei liewe, e Kleid rausuche, nach Weltewe, Un s'chönstich Kostüm wär's ihm net leid, Sie miest was kriegt, wo-se freut!“

„Frau Beisele, ich gratuliert
G'Wiß sind halt hies die rechte Tür!
„Wann nur der Herr sei Wort net brecht!
„Der Tich, der halt, was er verspricht!“

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Reichsbankausweis vom 28. Februar

Aktiva	31. Februar	28. Februar	Veränderung
Noch nicht bezogene Reichsbanknoten	177 212 000	177 212 000	unverändert
Goldbestand (Barrengold) und zwar:	879 253 000	901 771 000	+ 22 518 000
Goldkassenbestand	678 522 000	659 957 000	+ 21 485 000
Golddepot (unbelastet bei ausländ. Zentralnotenbanken)	2 114 319 000	2 071 320 000	+ 5 887 000
Bestand an deokingsfähigen Devisen	283 318 000	3 242 000	+ 9 107 000
Bestand an sonstigen Wechseln und Schecks	14 522 000	1 757 153 000	+ 2 181 000
Bestand an dtsch. Scheckmännern	6 434 000	62 152 000	+ 3 284 000
Bestand an Noten und Banknoten	39 457 000	7 222 000	- 23 150 000
Bestand an Lombard-Forderungen	19 857 000	9 188 000	+ 74 110 000
Bestand an Effekten	110 167 000	114 126 000	+ 1 939 000
Bestand an sonstigen Aktiven	1 638 935 000	1 681 060 000	+ 3 288 000
Grandkapital	90 000 000	90 000 000	unverändert
Reservefonds	216 000 000	210 000 000	unverändert
Bestand an umlaufenden Noten	1 652 000 000	2 106 730 000	+ 42 730 000
Sonst. taugl. fäh. Verbindlichk.	1 021 643 000	917 300 000	- 104 100 000
Darlehen bei der Reichsbank	26 631 000	28 08 000	- 28 850 000
Sonstige Passiven	474 656 000	1 574 707 000	+ 423 200 000
Verbindlichkeiten aus weiter bezogenen, im Inland zahlbaren Wechseln	910 624 000	900 124 000	- 10 500 000

Bei den Abrechnungsstellen wurden im Monat Februar abgerechnet 2 037 85 850 Mark.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 28. d. M. ist die Wechsel- und Lombardanlage der Bank in der letzten Februarwoche mit 326,1 gegenüber 237,4 Ende Januar auf 182,3 Mill. R.M. gesunken, da 110,5 Mill. R.M. an Kreditkontowechseln in das Portefeuille der Bank zurückflossen, während andererseits 25,9 Mill. R.M. in landwirtschaftlichen Wechseln an die Rentenbank abgegeben wurden, entfallen 244,5 Mill. R.M. der neuen Kreditverabbarung auf private Anforderungen. Die Summe der bei öffentlichen Stellen revidierten Wechsel ist demgemäß auf 500,1 Mill. R.M. zurückgegangen. Das Darlehen der Reichsbank bei der Rentenbank wurde auf 237,7 Mill. R.M. abgetragen. Die Abzüge an Reichsbanknoten und Rentenbankwechseln belaufen sich insgesamt auf 583,1 Mill. R.M. Der Notenumlauf wuchs um 423,4 auf 2108,2, der Umlauf an Rentenbankwechseln um 139,7 auf 1786,2 Mill. R.M. Einrückung des Umlaufs an Scheckmännern von etwa 415 Mill. R.M. und an Privatbanknoten von etwa 140 000 R.M. ergibt sich für Ende Februar ein Zahlungsmittelumlauf in Deutschland von 4,4 Milliarden R.M. (gegen 4,2 Milliarden Ende Januar und 4,3 Milliarden Ende Dezember). Den fremden Geldern der Bank wurden zum Ultimo 104,1 Mill. R.M. entzogen, jedoch ist auf 917,5 Mill. R.M. abgenommen. Der Goldbestand zeigt eine weitere Erhöhung um 27,3 auf 907,3 Mill. R.M. Die zur Golddeckung herangezogenen Devisenbestände wurden mit 9,1 auf 302,4 Mill. R.M. vermindert. Das Notendeckungsverhältnis ging infolge der beträchtlichen Steigerung des Notenumlaufs zurück, und zwar die Deckung mit Gold allein von 52,3 auf 43,3 Prozent, die Deckung mit Gold und Devisenbeständen von 69,7 auf 57,4 Prozent. Der Scheidemünzenbestand verminderte sich um 3,3 auf 62,3 Mill. R.M.

Vom süddeutschen Eisenmarkt.

Im allgemeinen flagen die Händler neuerdings sehr über das Geschäft, wohl weniger über den Absatz selbst, als über die sehr niedrigen Preise. Das Angebot ist eben überreichlich. Dazu kommt, daß oftmals die Werksabnehmer zu Breiten streben, die kaum noch Nutzen lassen, in vielen Fällen sogar nur Schäden bringen. Man darf nur einmal die Kleinverkaufspreise für Stabeisen ab Mannheimer Lager (siehe 145-147 Markt) denen des Einfahrs (185 Markt ab Oberhausen) gegenüberstellen, um zu sehen, daß bei den genannten Verkaufsstellen nicht Welt zugeteilt wird. Dabei ist sehr bedenklich, daß die Unterbreitungen der regulären Preisbasis hauptsächlich oder fast ausschließlich von den Werksabnehmern ausgehen, die allerdings dadurch wieder verdrängen, daß sie das ganze Streckengeschäft in der Hand haben. Durch diese Vorgänge bedingt sich das Marktgeschehen in unangenehmer Weise, auf alle Fälle ist die Lage wenig geklärt. Jedenfalls fehlt die Übereinstimmung in der Tendenz zwischen dem Ein- und Verkaufsgeschäft. Die werksseitigen Werke fordern unablässig bisherige Sätze, beim Weiterverkauf in Süddeutschland bröckeln aber die Preise ab, die sich nicht überbeden lassen, und bei denen ein Teil unbedingt Verluste erleiden muß. Die Saar- und lothringischen Werke haben zur Zeit wenig Aussicht, Material an den süddeutschen Markt werfen zu können. Es befinden sich aber große Konstellationen an den Hauptplätzen Süddeutschlands, wobei sie für den Bedarf der Holzindustrie verbraucht wurden. Aus diesen Lagern kann noch erheblicher Bedarf gedeckt werden, bis sie erschöpft sind. Vorher wird auch kaum daran zu denken sein, weitere größere Mengen an Walzwerkeisen, Konstruktionswerkstoffen usw. Am Markt für Weiche konzentrierte sich das Hauptinteresse auf Feinbleche, von denen wieder die Qualitätsfortschritt der stärksten Beachtung begehen. Mittelsbleche wurden wohl auch fortwährend, meist aber in kleineren Mengen, verlangt, moogen aber der Absatz von Grobblechen zu wünschen übrig ließ. In Draht wurde für Frühjahrbedarf manches verkauft, auch in höheren konnte der Absatz leidlich befriedigen. Der Markt in Schrott lag sehr still, die Preise neigten bei dem stark schwächsten Kaufantrieb der Werke weiter nach unten.

Vom französischen Eisenmarkt.

Die berichtete Begründung des Office des Statistiques des Produits Metallurgiques, als einer Organisation zur Preiskontrolle für Roheisen, Halbzeug, einen Teil der Walzprodukte und sogar die Weiche, trägt bereits entscheidend zur Befestigung der Preisbildung bei, obwohl dieser Organismus noch vor allem ohne tatsächliche Produktionskontrolle und ohne ein einheitliches Verkaufsbüro vorerst recht lächerhaft ist. Immerhin ist damit ein erster Schritt in der Richtung auf die Organisation des Marktes geschehen. In gleichem Sinne, weiteren Rückgang der Preisanstörungen aufzuhalten, muß die Nachricht von der Richtlinienvereinbarung einem deutsch-französischen Handelsvertragsprotokoll wirken.

Die Tendenz des französischen Eisenmarktes ist demnach zweifellos günstig. Sie wird auch nicht beeinträchtigt durch die Erhöhung der Rostpreise. Die französische Regierung, welche bekanntlich bisher die ganze Differenz zwischen der Anrechnung seitens des Daweskommissars und dem Abgabepreis an die Schwerindustrie trug, beabsichtigt diese Spannung durch einen Zuschlag von 4 Fr. bis 4,25 Fr. auf die To. Reparationsstols einzuschränken. Nachdem schon auf die Prämie von 5 Fr. je To. für die Versicherung auf Gegenfeitigkeit verzichtet worden ist und die kürzliche Erhöhung der Frachtklässe 1,15 Fr. je Tonne ausmacht, so stellt sich augenblicklich der von der französischen Schwerindustrie gezahlte Preis auf 139,40 Fr. bzw. einschließlich 0,50 Fr. für die Spesen der „Orca“ auf 139,90 Fr. Nach der in Aussicht genommenen Erhöhung würden demnach die französischen Hüttenindustriellen die To. Hochofensols ab Grenze Sied mit 144,15 Fr. bezahlen müssen. Demgegenüber weisen die französischen Interessenten beschwerdeführend darauf hin, daß die deutsche Konkurrenz nur 24 G.M., die Belgier höchstens 131 belg. Fr. und die Engländer 23 sh zahlen. Wie verlaute, ist übrigens, anstelle der bisherigen Handelsfreiheit beim Auslandsbezug, der „Orca“ die Kontrolle über den gesamten Feinereifer in Hüttenstols übertragen worden, mit Ausnahme indes des Austausches von Erz gegen Koks, von langfristigen Abkäufen sowie von Lieferungen aus eigenem Bergwerksbesitz im Ruhrgebiet.

In Roheisen hat die Verwirklichung des Einheitspreises die Nachfrage des Verbrauchs hervorgehoben, der eine weitere Preis-

erhöhung befürchtet. Phosphorhaltiges Gießereieisen Nr. 3 B.N. notiert 335 Fr., halbhosphorhaltiges 350 bis 355 Fr. Dabei sind die Produzenten recht zurückhaltend und lehnen allzulange Verpflichtungen zu den augenblicklichen Preisen ab. Der gute Geschäftsgang für die Ausfuhr empfangt Stützung durch die Hausstendenz der Weichelfurze. — Auch für Hamatit ist die Rede von einer Preissteigerung zwischen den Erzeugern, jedoch ist die Frage noch nicht soweit gelöst. Bei fester Tendenz behaupten sich die Preise auf durchschnittlich 440 Fr. ab Wert.

Für Walzprodukte bedeutet die Preissteigerung eine Erhöhung des offiziellen Grundpreises für Handelsstähle um 10 Fr. auf 540 Fr.; die Produzenten beabsichtigen sogar noch höhere Forderungen zu stellen. Die neuen Grundpreise der „D.S.B.M.“, Frachtbasis Diedenhofen, lauten: Blooms von 115 mm 420 Fr., Knippel von 70 mm 440 Fr., Platten von 200 und mehr auf 13 und mehr 46 Fr., Träger 500 Fr., Schrauben Rundstahl 550 Fr., Bandstahl 680 Fr. je To. Diese Preise verstehen sich für Bestellungen von 100 bis 500 To. Zuschläge erlösen: 5 Fr. je To. für Bestellungen von 20 bis 100 To., 10 Fr. je To. für 10-20 To., 20 Fr. je To. für weniger als 10 To. Ermäßigungen treten ein 2,50 Fr. bis 10 Fr. je To. für Bestellungen über 500 To., über 1000 To., und über 2000 To. (nach derselben Bestimmung.) Inbes verkaufen zur Zeit die Werke für das Inland über diesen Grundpreis, weil die Ausfuhr bei einem Sterlingkurs von über 90 Fr. einen genügenden Absatz zu erheblichen höheren Preisen bietet. Als Lieferfrist für Halbzeug gilt 2 Monate; in Handelsstählen sind gewisse Werke für über 3 Monate hinaus verpflichtet.

Die Bleche wurden in die Preissteigerung mit inbegriffen, um Umgehungen zu vermeiden. In Grobblechen belaufen erhebliche Verkäufe den Markt; für 5 mm und mehr schwanken die Preise zwischen 650 und 660 Fr. ab Wert. Feinbleche notieren im Osten und Norden 740 bis 780 Fr. ab Wert, im Zentrum jedoch 900 bis 1000 Fr. In Mittelblechen ist der durchschnittliche Grundpreis in den Ardennen 860 Fr. Auch in Feinblechen sind bedeutende Vorräte verfügbar und drücken den Preis auf 1000 bis 1050 Fr. Meistens kommen aus Italien beträchtliche Nachfragen nach Grob- und Schiffsblechen.

Für gegogene Stähle wird die paradoxe Erscheinung einer Waage angeführt der Staube für Walzstähle gemeldet. Kunden sind zu 850 bis 1050 Fr. angesetzt, wozu für Werkstoff- und Sechstausend Zuschläge von 10 Fr. treten; Preistähle notieren ebenfalls nur 1050 Fr.

Drahterzeugnisse liegen recht fest. Der Geschäftsgang behauptet sich sowohl auf dem inländischen Markt als für die Ausfuhr. Für das Inland lauten die Anstellungen, je nach Menge, 610 bis 650 Fr. ab Wert; für das Ausland wird zu H.St. 7 bis H.St. 7-2-6 gehandelt. Die Lieferfristen sind 5 bis 6 Wochen. Der Schrotthandel liegt mit den französischen Werken recht still, weil die Preise andauernd zu hoch erscheinen. Auch die italienischen Verkäufe erfolgen zu verhältnismäßig schwachen Preisen. Durchschnittlich franco Modane ist für schönen Martinstahl-Schrott 21 Fr. je 100 Kilo, schäufelbare Abfälle notieren 10 Fr. je To. höher. Für Altguß gehen die Preise eher zurück, trotz der Preissteigerung für Roheisen.

Banken und Geldwesen.

Umlaufverrechnungssätze auf Reichsmark für Februar 1925. Die Umlaufverrechnungssätze für Februar 1925 werden wie folgt festgesetzt: England 1 Pfund Sterling = 19,95 R.M., Döland 100 Gulden = 167,95 R.M., Schweden 100 Kronen = 80,95 R.M., Vereinigte Staaten von Amerika 100 Dollar = 420 R.M., Belgien 100 Franken = 21,35 R.M., Bulgarien 100 Leva = 3,05 R.M., Dänemark 100 Kronen = 74,85 R.M., Finnland 100 Finnische Mark = 10,60 R.M., Frankreich 100 Kronen = 22,25 R.M., Italien 100 Lire = 17,30 R.M., Jugoslawien 100 Dinar = 6,80 R.M., Norwegen 100 Kronen = 64,05 R.M., Deutsch-Österreich 100 Kronen = 5,90 R.M., Portugal 100 Escudo = 20 R.M., Rumänien 100 Lei (große Noten) = 2,15 R.M., Schweden 100 Kronen = 113,15 R.M., Spanien 100 Pesta = 69,70 R.M., Tschechoslowakei 100 Kronen = 12,45 R.M., Ungarn 100 Kronen = 5,80 R.M., Japan 100 Yen = 163,05 R.M., Argentinien 100 Papierpeso = 166,75 R.M., Brasilien 100 Milreis = 47,25 R.M., Dänisch 100 Gulden = 79,55 R.M., Griechenland 100 Drachmen = 6,85 R.M., Türkei 1 Türkisches Pfund = 2,20 R.M. Die Festsetzung der Umlaufverrechnungssätze für die nicht an der Berliner Börse notierten ausländischen Zahlungsmittel erfolgt spätestens in der Mitte dieses Monats.

Veitinger Handels- und Verkehrsbank A.-G., Veitling. Die Generalversammlung setzte die Dividende für das Geschäftsjahr 1924 für das ungeteilte Aktienkapital auf 15 Prozent fest. Ferner wurde die Erhöhung des Grundkapitals auf 500 000 Reichsmark durch Ausgabe von 2 500 auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu je 100 Reichsmark beschlossen. Den alten Aktionären werden die neuen Aktien im Verhältnis von 1:1 zum Kurs von 100 Prozent angeboten. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Herren Heinrich Reiner-Veitling. Die Ausschüben wurden als gültig bestätigt. Die heutige erste Generalversammlung der Aktien im Freiverkehr der Veitinger Werte stellte sich auf 24 Prozent.

Allgemeine Essigfabrik Vantgesellschaft (Société Anonyme de Vanque) Straßburg. Die am 3. März in Straßburg abgehaltene G. V. genehmigte die Bilanz des Geschäftsjahres 1924, welche, wie wir berichteten, einen Reingewinn von 11 526 787 Fr. aufweist, gegen 10 714 524 Fr. i. V. Die Dividende wird auf der vorjährigen Höhe von 45 Fr. je Aktie, also 9 Prozent, beibehalten. Die G. V. beschloß, 1 250 000 Fr. der außerordentlichen Rücklage, 552 678 Fr. der Pensionkasse des Personals zu überweisen und 1 576 379 Fr. auf neue Rechnung vorzutragen.

Industrie und Handel.

sh. Jann-Werke A.-G., Küssabach-Wärdera. Im Hinblick auf die Generalversammlung ist die Verwaltung noch bekannt, daß die ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres unter dem Zeichen der allgemeinen Geldknappheit standen, welche die Geschäftsabläufe in unangenehmer Weise kurz beeinflussten. Daraus ergeben sich in den letzten Monaten der Auftragslage ganz weitausgehend und könne er zur Zeit als gut angesehen werden. Insbesondere sei lebhaftes Interesse für die bei den Werken hergestellten Personenzugmaschinen, die sich bei den verschiedensten Veranlassungen, so beispielsweise bei der kaum bedenklichen Winterfahrt des H. D. A. G., durch ihre Leistungen auszeichnen, vorhanden; die demgegenüber vorgenommene Umstellung der Fabrikation werde sich bereits im nächsten Monat in einer bedeutend erhöhten Produktion auswirken beginnen. Ueber das Ueberwiegen des laufenden Geschäftsjahres föhne Bestimmtes noch nicht vorzutragen werden.

sh. Vorkalkfabrik Firschenreuth A.-G. in Firschenreuth. Die Verwaltung beantragt aus dem Reingewinn der letzten Geschäftsjahres mit 2 478 488 Reichsmark 7 Prozent Dividende zu verteilen, 50 000 Reichsmark einem Spezialreservefonds, 10 000 Reichsmark der Pensionkasse zuzurechnen und 37 488 Reichsmark vorzutragen. Das Dividendenverhältnis betrug 778 916 Reichsmark, wozu noch 87 040 Reichsmark Vortrag von 1923 kommen. Die Darlehensrückstellungen, Steuern, Versicherungsbeiträge und Reparaturen erforderten 505 752 Reichsmark und Abschreibungen 122 790 Reichsmark. In der Bilanz der 31. Dezember 1924 erschienenen Debitoren mit 709 969 Reichsmark (Eröffnungsbilanz 410 699 Reichsmark). Waren mit 355 687 (497 102) Reichsmark, daenen Creditoren mit 150 481 (165 206) Reichsmark. In das neue Geschäftsjahr set man, wie es im Bericht steht, mit einem guten Auftragsbestand eingetreten und konnte mit der neuesten Ausbeute der Betriebe befriedigend einlefen.

sh. Schiffs- und Maschinenfabrik, vorm. Jenken und Schmittsch A.-G. in Dambura. In der Anrichtungsphase des Aktienfonds von 200 000 Reichsmark der Generalversammlung vom 19. November 1924 auf Genehmigung der Generalversammlung wurde heute von der Kammer ein Beschluß dahin verfaßt, daß der Antrag der Aktionäre auf Sicherstellungsleistung seitens des Klägers für die den Beflagten durch die Aufstellungsphase erwachsenen Schäden abzulehnen und ein Verweis zu erheben sei über die vom Kläger beantragte vorläufige Anforderung der Vorlagen.

sh. Baedrich u. Co. A.-G., Mülhausen (Elsch). Die G. V. der Kammergarnspinnerei Baedrich u. Co. genehmigte die Bilanz des Geschäftsjahres 1924, welche per 31. Dezember 1924 einen Reingewinn von 1 084 112 Fr. ausweist. Die Dividende beläuft auf 15 Prozent netto, d. h. 225 Fr. festgesetzt. Das Stammkapital beträgt 6 Millionen Fr. Die diversen Reserven belaufen sich auf 3 306 332 Fr. In den Verwaltungsrat wurde wiedergewählt Herr Marfel Schöff in Schloß Pfaffstätt und neu gewählt, anstelle seines verstorbenen Bruders Henri, Herr René Schlumberger in Mülhausen.

sh. Comptoir d'Escompte de Mulhouse. Die Verwaltung bringt für das Geschäftsjahr 1924 eine Dividende von 10 Prozent gegen 8 Prozent i. V. in Vorschlag. Der Reingewinn des Geschäftsjahres 1924 wird mit 7 898 554 Fr. beziffert (gegen 5 122 181 Fr. i. V.) Die Kontokorrent-Kreditoren und Depots stiegen gegen dem Vorjahre von 279 307 734 Fr. auf 311 291 622 Fr., die Portefeuille-Effekten und Bons de Trésor von 101 557 521 Fr. auf 121 683 478 Fr., die Debitoren von 158 551 454 Fr. auf 182 928 528 Fr.

sh. Stimmenerwählung in Polen? Polnische Blätter melden, daß der Stimmenerwählung die bekannte Papierfabrik Wladislaw in Warschau anlaufen will. Die Werker haben die Papierfabrik der Stadt angeboten, die jedoch das Angebot ablehnte.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Kaffeeabzug im Februar. Der Abzug des Deutschen Kaffeefondats im Monat Februar 1925 betrug 2 018 675 Dg. Reinkaffee. Zusammen mit dem Abzug des Januar beträgt hiernach der bisherige Abzug im Jahre 1925 3 678 628 Dg. Reinkaffee. Der Abzug im Januar-Februar 1924 betrug 1 129 077 Dg. Reinkaffee. Mit Rücksicht auf einen erheblichen in den März übernommenen Auftragsbestand aus dem Februar kann trotz der vorgeschrittenen Saison auch noch für den März mit einem verhältnismäßig befriedigenden Absatz gerechnet werden.

Zur Tabakzollsteuer ins Saargebiet. Saarbrücken, 3. März. Die französische Zollverwaltung hat verfügt, daß sämtliche Tabakzollungen, welche nachweislich am 17. Februar 1925, dem Datum des Sperrverfalls, auf den Weg gebracht waren, von dem Einfuhrverbot ausgenommen sind und in das Saargebiet eingeführt werden dürfen. Die interessierten Fachverbände setzen ihre Bemühungen fort, damit Bestellungen, welche nachweislich bis zu diesem Zeitpunkt getätigt waren, der Einfuhrverbot nicht unterliegen.

Starke Konkurrenz ungarischer und ausländischer Kohlengruben bei einer Ausschreibung der ungarischen Staatsbahnen. Die ungarische Staatsbahn hat kürzlich zur Deckung ihres Kohlenbedarfs die Lieferung von 145 000 Wagonen Kohlen öffentlich ausgeschrieben. Wie der „Industrie-Kurier“ hierzu erfährt, befanden sich unter den Bewerbern 30 ausländische und 47 inländische Gruben. Unter den ausländischen sind deutsche, tschechische, polnische und Saargebietener vertreten. Die ungarischen Behörden beabsichtigen jedoch, nur den geringsten Teil der ausgeschriebenen Menge im Auslande zu kaufen, dagegen im wesentlichen die eigenen Bergwerke zu berücksichtigen. Allerdings bestehen hinsichtlich der Preisfragen beträchtliche Unterschiede, umso mehr, als die ausländischen Bewerber zum Teil bereits Nachtragsangebote zu ermäßigten Preisen abgegeben haben.

Schaffung eines Zentralverkaufsbüros der polnischen Naphtha-Industrie. Entgegen anders lautenden Nachrichten wurde auf einer kürzlich stattgefundenen Konferenz der Vertreter sämtlicher polnischer Naphtha-Raffinerien festgestellt, daß eine stärkere Organisation des Verkaufs unbedingt notwendig sei. Zu diesem Zweck soll demnächst in Warschau ein Zentralverkaufsbüro eingerichtet werden, welches den gesamten Verkauf der polnischen Naphtha-Produktion in die Hand nehmen wird. Von Seiten der polnischen Regierung wird die Notwendigkeit der Stärkung des Kartells der Naphtha-Industrie anerkannt. Die der „Industrie-Kurier“ aus Warschau erfährt, fand am 4. März eine Konferenz der Vertreter der Naphtha-Industrie mit der polnischen Regierung statt, in der hauptsächlich Steuerangelegenheiten und das Problem der Erhöhung neuer Naphtha-Schätze erörtert wurden. Die Regierung hat weitgehendste Unterstützung der Wünsche der Industriellen zugesagt. Mit der Eröffnung des neu zu errichtenden Zentralverkaufsbüros wird bereits Ende des Monats März gerechnet. Kürzlich fand eine Konferenz der wirtschaftlichen Vereinigung der Mineralöl-Raffinerien statt. Es wurde beschlossen, die Erntepreise für Paraffin, Gasöl und Schmieröl zu erhöhen, mit Rücksicht auf die Preissteigerung dieser Rohstoffe auf dem Weltmarkt.

Rußlands Waren im Frankreich. Die wirtschaftsamtliche „Economičeskaja Šišin“ bringt in einer ihrer letzten Nummern eine große Beilage in russischer und französischer Sprache, die anlässlich der Beteiligung Rußlands an der Weltausstellung in Wien die Wiedererrichtung der russisch-französischen Handelsbeziehungen gewidmet hat. In Artikeln von Krasin, Lomow u. a. über den Sowjetwirtschaftlern — auch der französische Volkshüter in Moskau Herbet veröffentlicht in dieser Beilage einen kurzen Begründungsartikel — wird die große Bedeutung der wirtschaftlichen Annäherung der beiden Völker hervorgehoben. Die Bedeutung Rußlands als Absatzmarkt für das seit Kriegsende stark industrialisierte Frankreich findet eine eingehende Würdigung. Die beiden Länder seien wirtschaftlich aufeinander angewiesen und die „neue Bewegung“ müsse und werde zu einer erheblichen Entlastung des Handelsverkehrs zwischen Frankreich und dem Sowjetland führen.

Der Moskauer Warenmarkt in der ersten Februarhälfte. Die rückläufige Tendenz, die die Geschäftstätigkeit auf der Moskauer Warenbörse bereits im Januar aufwies, daß sich im Februar noch beträchtlich verhärtet. Der Gesamtumsatz der Moskauer Warenbörse in der ersten Februarhälfte weist im Vergleich zur zweiten Hälfte des Januar einen Rückgang um 20 Prozent auf (111 823 000 Rub. gegenüber 140 209 000). Wenn man noch in Betracht zieht, daß im Februar zum Vergleich ein großer Abschluß des Zudehrtrahs auf Importzoll für die Gesamtsumme von 25 Mill. Rub. gezahlt wurde, der im Grunde genommen nicht als Börsengeschäft anzusehen ist, so tritt der Rückgang der Umsätze noch schärfer in Erscheinung. Geldmangel und die allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit drückten stark auf das Geschäft. Die andauernde Unregelmäßigkeit auf dem Lande, die jede Handelstätigkeit lähmte und die Verdienstmöglichkeiten der Bevölkerung stark verringert, sowie die Zurückhaltung der Bauern vor größeren Getreideverkäufen bedingte einen weiteren Rückgang der Nachfrage. Seitens der Verkäufer bemerkte man die Abneigung, Kreditabstufungen zu tätigen. Die Umsätze mit Textilwaren gingen in der ersten Februarhälfte um 40 Prozent zurück. Trotz des Warenmangels konnte man eine Steigerung der Ansprüche der Käufer hinsichtlich Qualität und Beschaffenheit der Ware verzeichnen. Charakteristisch für die verworrene Lage ist die immer noch bei einzelnen Trübs bemerkbare Abneigung gegen eine Geschäftsverbindung mit dem Privathandel. Diejenigen Trübs aber, die mit dem Privathandel Geschäfte tätigen, verlangen überwiegen Barzahlung, sogar vielfach Vorkaufzahlung noch vor Lieferung der Ware, die sich des öfteren um mehrere Wochen verzögert. Unter diesen Umständen ist mit einer Entwidlung der privaten Handelstätigkeit kaum zu rechnen. Galanteriewaren und Schuwaren fanden fast gar keinen Absatz. Auf dem Getreidemarkt herrschte Geschäftstillheit. Die Umsätze mit Getreideprodukten sanken in der Berichtzeit um 20 Prozent. In Moskau war Mangel an Getreide zu verzeichnen, wobei sich der Mangel an Hafer und Roggenmehl besonders stark bemerkbar machte. Die Preise wiesen erneut eine steigende Tendenz auf. Der Metallmarkt wies keine Veränderungen auf. Sichtlich farbiger Metalle herrschte ein starker Warenmangel. Auf dem Chemikalienmarkt konnte eine Abmilderung der Nachfrage für Ammoniumsulfat, der noch bis zuletzt in ständigem Nachfrages war, verzeichnet werden.

